

**Einrichtung eines Zebrastreifens vom Spielband  
des ehem. Agfa-Geländes zum Weißenseepark im  
Bereich des Fahrbahnteilers**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 01599 der Bürgerversammlung  
des 17. Stadtbezirkes - Obergiesing am 20.07.2017  
1 Anlage

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10451**

**Beschluss des Bezirksausschusses des 17. Stadtbezirkes Obergiesing – Fasangarten  
vom 16.01.18**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag des Referenten**

Die Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes Obergiesing hat am 20.07.2017  
anliegende Empfehlung beschlossen.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, die in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt ist, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO und § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschusssatzung vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes auszuführen ist:

Die Bürgerversammlungsempfehlung zielt darauf ab, in der Untersbergstraße, im Bereich des Fahrbahnteilers zwischen ehemaligem Agfa-Gelände und dem Weißenseepark einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) zu errichten.

Der in Rede stehende Bereich befindet sich in einer Tempo 30 Zone. Diese Zone wurde zur Verkehrssicherheit und -beruhigung eingeführt. Um Fußgängern eine erleichterte bzw. sicherere Möglichkeit zum Queren der Untersbergstraße anzubieten, wurde bereits eine bauliche Mittelinsel geschaffen. So brauchen Fußgänger bei der Querung jeweils nur eine Fahrspur überwinden und können in der Straßenmitte gesichert Aufstellung nehmen.

Das Kreisverwaltungsreferat hat trotzdem die Möglichkeit geprüft, einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) einzurichten.

Diese ist nach den bundeseinheitlichen Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Wesentliche Beurteilungskriterien sind dabei die Fahrzeug- und Fußgängerfrequenzen.

So kommt nach den Richtlinien die Anlage eines Zebrastreifens unter anderem dann in Frage, wenn die Fahrzeugbelastung während der Spitzenstunde des Fußgängerverkehrs auf dem in einem Zuge zu querenden Straßenteil mindestens 200 Kraftfahrzeuge/h, zu keiner Tageszeit jedoch mehr als 750 Kraftfahrzeuge/h und die Fußgängerbelastung mindestens 50 Fußgänger pro Stunde beträgt.

Das Kreisverwaltungsreferat hat am 15.09.2017 eine Verkehrszählung durchgeführt:

In der Zeit zwischen 14.15 Uhr und 15.15 Uhr (trockene, angenehme Witterung) befuhren 282 PKW und 4 LKW den Bereich des Fahrbahnteilers. Der Verkehr verteilte sich dabei gleichmäßig auf beide Fahrtrichtungen. Demgegenüber querten 36 Fußgänger die Straße.

Die vorgegebenen Anforderungen werden somit unterschritten. Die Anlage eines Zebrastreifens kommt daher nicht in Betracht.

Eine Anfrage bei der Polizei mit der Bitte um Einschätzung aus polizeilicher Sicht ergab Folgendes:

„Der Einrichtung eines Fußgängerüberweges an oben genannter Örtlichkeit steht die Polizeiinspektion 23 eher skeptisch gegenüber.“

In den letzten beiden Jahren (Auswertungszeitraum 01.09.2015 bis 31.08.2017) wurden dort lediglich 11 Verkehrsunfälle polizeilich bekannt. Dabei war kein einziger Querungsunfall durch Fußgänger zu verzeichnen. Bei acht Unfällen handelte es sich um Kleinunfälle, bei denen hauptsächlich Rangiervorgänge beim Parken unfallursächlich waren. Außerdem ereigneten sich drei Verkehrsunfallfluchten, bei denen vor Ort geparkte Fahrzeuge angefahren wurden.“

Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, welches ein längeres Warten für Fußgänger bedeuten würde, ist aus polizeilicher Sicht nicht erkennbar.

Von der zusätzlichen Errichtung eines Zebrastreifens im Bereich der Fußgängerinsel in der Untersbergstraße wird daher abgesehen.

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, stellvertretend Herr Stadtrat Schall, und der Verwaltungsbeirat der Hauptabteilung Straßenverkehr, Herr Stadtrat Progl, haben von der Beschlussvorlage Kenntnis genommen.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Von der Sachbehandlung als ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) mit dem Ergebnis – die Mittelinsel an der Querungsstelle vom ehemaligen Agfa-Gelände zum Weißenseepark ist ausreichend. Ein Zebrastreifen wird aus den genannten Gründen nicht errichtet - wird Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 01599 der Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes Obergiesing am 20.07.2017 ist damit satzungsgemäß behandelt.

**III. Beschluss**  
nach Antrag

Der Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 17 der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Der Referent

Dullinger-Oßwald

Dr. Böhle  
Berufsmäßiger Stadtrat

**IV. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 24** zur weiteren Veranlassung.

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit dem beglaubigten Original wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 17 – Der Vorsitzenden

An das Direktorium - HA II/ BA-Geschäftsstelle Ost (3x)

An das Polizeipräsidium München

jeweils mit der Bitte um Kenntnisnahme

**V. An das Direktorium - HA II/BA**

- ☐ Der Beschluss des BA 17 kann vollzogen werden.
- ☐ Der Beschluss des BA 17 kann/soll nicht vollzogen werden (Begründung siehe Beiblatt)
- ☐ ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt)

Es wird gebeten, die Entscheidung des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren einzuholen.

**VI. Mit Vorgang zurück zum**  
**Kreisverwaltungsreferat HA III**  
zur weiteren Veranlassung

Am . . . . .  
Kreisverwaltungsreferat - GL 24